

Stadt versucht Quadratur des Kreises auf Kosten hilfebedürftiger Menschen

Frankfurt steht vor einem Großereignis und ist für einige Spiele Gastgeberstadt für die Fußball Europameisterschaft 2024. Angekündigt wurde ein konzentriertes und koordiniertes Vorgehen zur Verbesserung und auch zur Verschönerung des Frankfurter Bahnhofsviertels.

Dazu gibt es viele Ideen, Absichten, private, gewerbliche und politische Initiativen und einiges an Engagement um die lange bekannte und in weiten Teilen prekäre Situation im Frankfurter Bahnhofsviertel für die sich dort aufhaltenden, lebenden und arbeitenden Menschen nachhaltig zu verbessern und den vielfältigen Problemlagen zu begegnen.

Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit und angstfreie Räume für alle, dazu stabile, planbare und langfristige Hilfen für jene, denen die derzeitigen Lebensumstände ein menschenwürdiges Dasein augenscheinlich nicht ermöglichen.

Für obdachlose, akut drogengebrauchende und suchtkranke Menschen wurde in den vergangenen Jahrzehnten mit dem „Frankfurter Weg“ eine ausdifferenzierte Hilfestruktur aufgebaut. Passgenaue Hilfen für vielfältigste Problemlagen bestehend aus aufsuchender Sozialarbeit, stationären und ambulanten Einrichtungen der Krisen- und Überlebenshilfe, medizinische Versorgungsangebote, Übernachtungseinrichtungen, Konsumräume und Aufenthaltsmöglichkeiten, um den Druck auf den öffentlichen Raum zu reduzieren.

Ein Mehr an Angeboten sollte zu einer deutlich spür- und sichtbaren Verbesserung beitragen.

Das alles kostet neben dem Engagement der zahlreichen Menschen, die in diesem Bereich professionelle Hilfe leisten - vor allem aber auch Geld, das nun scheinbar nicht mehr zur Verfügung steht.

Tatsächlich wurde für den städtischen Haushaltsplan 2024/2025 der Zuschuss für die Drogenhilfe auf Höhe der Zuwendung aus dem Jahr 2021/2022 zurückgefahren. Dies gilt im Übrigen nicht nur im Bahnhofsviertel, sondern auch für alle sozialen Organisationen in Frankfurt.

Das ist - um es vorsichtig zu formulieren - nicht nur ein völliges Ausblenden der realen Kostensteigerungen mit denen die Träger der Drogenhilfe im Bereich der Sach- und auch der Personalkosten (Stichwort Tarifverträge) konfrontiert sind, sondern eine deutliche Mittelkürzung.

Statt einer verlässlichen und auskömmlichen Finanzierung des bestehenden Hilfesystems in einem besonders unter Beobachtung stehenden Stadtteil, führt diese Ankündigung dazu, dass die Einrichtungen der niedrigschwelligen Drogenhilfe gezwungen sind, ab April 2024 ihre Angebote für die betroffenen Menschen massiv einzuschränken, einige Angebote sind bereits reduziert worden und weitere müssen zwangsläufig folgen.

Die Einrichtung der IDH (Integrative Drogenhilfe e.V.) in der Niddastraße mit dem größten Konsumraum in Frankfurt wird ab April die Öffnungszeiten um 12 Stunden reduzieren und ab Juli um weitere 6 Stunden schließen.

Das Krisenzentrum La Strada der AHF (AIDS-Hilfe Frankfurt e.V.) in der Mainzer Landstraße wird ab April die Öffnungszeiten ebenfalls anpassen – in enger Abstimmung mit der IDH wird die Öffnungszeit des La Strada um ca. 35 % (von derzeit 50 Stunden Öffnungszeit pro Woche auf dann 34,5 Stunden) reduziert. Ebenso wird es Stellenreduzierungen für die offene Sozialarbeit geben.

Beide Einrichtungen tragen erheblich dazu bei, dass die Versorgung der akut drogengebrauchenden Menschen gewährleistet und eine Hinführung zu weiterführenden Hilfen ermöglicht wird. Oft sind dies die ersten Anlaufstellen zum Sozial-/Gesundheitssystem für die Menschen auf der offenen Drogenszene. Die Krisenzentren im Bahnhofsviertel sind ein wichtigerer Baustein des Frankfurter Wegs, der auf 4 Säulen der Drogenhilfe aufbaut: Prävention, Schadensminimierung, Repression und Therapie. Durch die Arbeit der Drogenhilfe ist es – entgegen der bundesweiten Trends – in Frankfurt gelungen, die Zahl der Drogentoten erheblich und stabil zu reduzieren und die betroffenen Menschen an neue und weiterreichende Perspektiven für ihr Leben heranzuführen, mindestens aber ihre Lebenssituation zu verbessern.

Diese Erfolge lassen sich weder kurzfristig erreichen noch sichern. Sie fordern Beharrlichkeit, Beständigkeit und ein hohes Maß an Professionalisierung der Fachkräfte. Längst leisten diese Einrichtungen nicht allein nackte Überlebenshilfe, sondern seit 30 Jahren beständige Beziehungsarbeit, Behandlung und Vermittlung. Die Träger sind in die bestehenden Strukturen gut eingebettet und in enger Kooperationen mit Polizei und anderen Akteuren im Bahnhofsviertel.

Kürzungen im Angebotsbereich bedeuten mehr geschlossene Einrichtungen und damit wieder mehr Menschen und auch mehr Drogenkonsum im öffentlichen Raum. Es bedeutet aber perspektivisch auch einen Verlust an dringend notwendigem qualifizierten Personal.

Es passiert also gerade genau das Gegenteil dessen, was auch führende Sozialpolitiker fordern und was angeblich politisch und auch gesellschaftlich gewollt wird.

Wir appellieren an die politisch verantwortlichen Parteien im Frankfurter Römer und an den Magistrat der Stadt Frankfurt, den guten Absichten und Ideen auch entsprechendes finanzielles Gewicht zu verleihen, damit nicht kurzfristige Haushaltsräsone zu langfristigen Verwerfungen und Verschärfungen der Lage führt.

- Die **Kürzungen** sind von den Trägern und Fachkräften der Drogenhilfe NICHT gewollt, sie **gefährden den Fortbestand der Helfelandschaft**.
- Es gibt **keine fachlichen Gründe, Kürzungen in** der professionalisierten Helfelandschaft vorzunehmen, die sich für die Bedarfe einer der schwächsten und schwer zugänglichsten Gruppen einsetzt.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

Achim Teipelke Geschäftsführer Aidshilfe Frankfurt e.V.

achim.teipelke@ah-frankfurt.de

069 - 40 86 22

Gabi Becker Geschäftsführerin Integrative Drogenhilfe e.V.

g.becker@idh-frankfurt.de

069 - 94 19 70 27